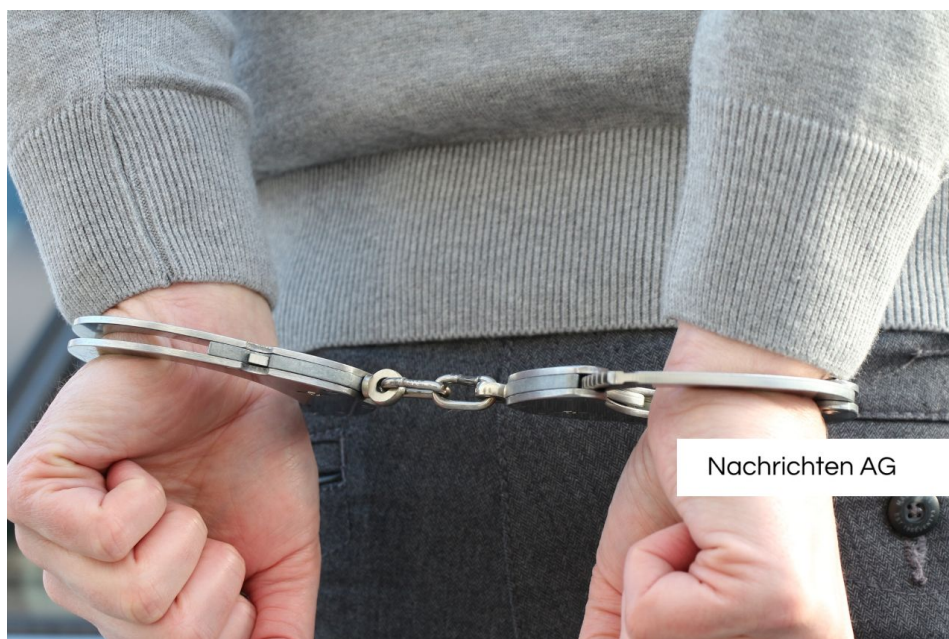


Trump startet Offensive gegen antichristliche Vorurteile in den USA!

Die US-Regierung unter Trump startet eine Arbeitsgruppe gegen antichristliche Vorurteile, geleitet von Justizministerin Pam Bondi.



USA - Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump hat eine neue Initiative ins Leben gerufen, um gegen antichristliche Vorurteile und Voreingenommenheit vorzugehen. Bei einem ersten Kabinetttreffen, das von Justizministerin Pam Bondi geleitet wurde, wurde eine Arbeitsgruppe vorgestellt, die sich der Identifikation und Beendigung ungesetzlicher antichristlicher Maßnahmen widmen soll. Bondi berief sich dabei auf ein Dekret, das Trump unterzeichnet hat, während sie die vermeintliche Drangsalierung von „friedfertigen Christen“ während der Amtszeit von Joe Biden kritisierte.

Besonders unter Beschuss steht die Biden-Regierung für die Festnahme von Abtreibungsgegnern, die friedlich vor

Abtreibungskliniken beteten. Bondi behauptete, das Justizministerium der Biden-Administration habe Christen ins Visier genommen und antichristliche Übergriffe ignoriert. An der Sitzung nahmen auch hochrangige Regierungsmitglieder wie Außenminister Marco Rubio, Verteidigungsminister Pete Hegseth und FBI-Chef Kash Patel teil.

Einheit gegen antichristliche Vorurteile

Trump äußerte sich zur Notwendigkeit, „Gott zurück in unser Leben zu bringen“, und betonte, dass Menschen ohne Religion und Glauben nicht glücklich sein können. Im Rahmen seines Übergriffs auf die antichristliche Diskriminierung kündigte er zusätzlich die Gründung eines Glaubensbüros im Weißen Haus an, das von der TV-Predigerin Paula White geleitet werden soll. White ist bekannt für ihre umstrittenen Ansichten über spirituelle Themen und hat eine enge persönliche Beziehung zu Trump.

Anlässlich eines Gebetsfrühstücks sprach Trump über den Schutz von Christen in verschiedenen Lebensbereichen wie Schulen, Militär und der Regierung. Er stellte klar, dass während seiner Amtszeit Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Diskriminierung aufgrund des Glaubens zu stoppen. Eine neue Kommission für Religionsfreiheit soll ebenfalls ins Leben gerufen werden, um diese Ziele zu unterstützen.

Kritik an der bisherigen Vorgehensweise

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.merkur.de• www.domradio.de• www.katholisch.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de